

Das Leben ist anderswo. Die Grundschule Arthur Rimbaud in Noisy-le-Sec scheint dem Zitat ihres Namensgebers recht geben zu wollen. Das von einem hohen Zaun beschützte Schulgebäude aus den Siebzigerjahren wirkt ein wenig verloren inmitten der unwirtlichen Sozialbautürme, die es umgeben. Schuldirektor Seddik Hamouche kennt die Pariser Banlieue. Er warnt vor den Spähern der Rauschgiftbanden, deren Terrain gleich hinter dem Schulhof beginnt. „Gehen Sie schnell weiter. Auf keinen Fall fangen Sie an zu fotografieren“, sagt er. Der 52 Jahre alte Pädagoge ist in einer der Sozialbausiedlungen am Rand der französischen Hauptstadt aufgewachsen, wie er erzählt. Er zeigt auf eines der Hochhäuser, an dessen Fassade die Farbe blättert. Einige Fenster in den unteren Etagen sind mit Brettern vernagelt, bei anderen hängen die Rollläden schief. „Der Turm wird bald gesprengt“, sagt er. Er zeigt auf die vierstöckigen Neubauten mit Balkonen und viel Grünflächen in der entgegengesetzten Himmelsrichtung. „Wir gentrifizieren uns. Bald entstehen an der Stelle der Sozialbautürme gepflegte Eigentumswohnungen.“

Noisy-le-Sec hat etwa 43.000 Einwohner und zählt zum einst roten – kommunistischen – Arbeitergürtel um Paris. Der Bürgermeister Olivier Sarraeyrouse ist noch immer Kommunist, aber die Fabriken haben vor langer Zeit schon geschlossen. In den Sozialbauwohnungen leben inzwischen Menschen aus allen möglichen Ländern, deren Arbeit für den Alltag in der Hauptstadt unentbehrlich ist: Kellner, Kindermädchen, Putzfrauen, Müllmänner, Supermarktbedienstete, Busfahrer, Küchenhelfer oder Zimmermädchen. Ihre Kinder landen bei Schuldirektor Hamouche. Die Grundschule Arthur Rimbaud zählt zu den sogenannten prioritären Erziehungszonen. Davon gibt es inzwischen recht viele in den urbanen Ballungsräumen Frankreichs. Sie haben mehr als 16.600 Brennpunktklassen mit überdurchschnittlichem Einwandereranteil. „Und besonderer Förderung“, sagt Direktor Hamouche, als er durch das renovierte Schulgebäude führt. Die Wände sind bunt gestrichen.

„Bonjour“, sagt Lehrerin Aurore Baur-Valentin zur Begrüßung, und ihre Schüler von der 2B stimmen wie im Chor ein: „Bonjour!“ Es sind nur zwölf Kinder, die mit der 36 Jahre alten Pädagogin ihre Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen vertiefen. Schon im letzten Vorschuljahr und in der ersten Klasse lernten sie in der Kleingruppe. „Halbier-Klasse“ wird das Konzept genannt, das Präsident Emmanuel Macron nach dem Machtwechsel 2017 für die prioritären Viertel einführt. Die Idee dahinter ist ziemlich einfach: Wenn sich ein Lehrer nur um eine geringe Zahl an Kindern kümmert, kann er sie viel gezielter und individueller fördern, auf Frontalunterricht verzichten und in Gruppenarbeit ans selbständige Lernen heranführen.

Baur-Valentin war von Anfang an dabei. Jetzt sitzt sie vorn und klatscht in die Hände, es ist Lesezeit. Die Kinder setzen sich im Halbkreis vor eine selbst gebastelte Waldbühne. Die Lehrerin verteilt Handpuppen. Whitney darf den Erzähler mimen: „Die Maus spazierte im Wald umher.“ Die Kinder spielen lesend das Bilderbuch „Der Grüffelo“ von Axel



**Spielend lernen in kleinen Gruppen:** Lehrerin Aurore Baur-Valentin unterrichtet an der Arthur-Rimbaud-Grundschule eine Klasse mit nur 13 Kindern, alle haben einen Migrationshintergrund.

Fotos Simone Perolari

## Frankreichs Schulexperiment

Im Sommer brannte es in Frankreichs Vororten. Doch in der Banlieue tut sich etwas. Zu Besuch an einer Schule, die Macrons Versprechen der kleinen Klassen umsetzt.

Von Michaela Wiegel, Noisy-le-Sec

Scheffler nach. Der Fuchs weiß nicht weiter, da souffliert ihm die Maus den nächsten Satz. „Es ist ganz wichtig, dass die Kinder Teamarbeit lernen“, sagt Baur-Valentin hinterher. Ihre Schüler lieben den Grüffelo, weil sie mit den Tier-Handpuppen Theater spielen und zugleich lesen können. Sie übt spielerisch mit ihnen, ihren Vokabelschatz zu erweitern. In der Klasse ist die aus Lothringen stammende Lehrerin die Einzige, die keinen Einwanderungshintergrund mitbringt. „Welches Lieblingsessen könnte der Grüffelo noch haben“, fragt sie. „Couscous“, sagt ein Mädchen. In der Liste, die sie zur Gruppenarbeit vorgelegt bekommen, stehen „Sauerkraut“ und „Kompott“ als Beispiele.

Später will Baur-Valentin wissen, welche Tiere dem Grüffelo im Wald noch begegnen könnten. Ein Junge mit schwarzer Hautfarbe reckt den Arm: „Löwen!“ Die Lehrerin erwidert sanft: „im Wald“. Sie erzählt von Wildschweinen, Wölfen, Igel und Falken. „Mir geht es darum, dass die Kinder ihren Wortschatz erweitern. Aber natürlich vermittele ich auch, was in ihrer Lebenswelt nicht spontan vorkommt“,

sagt die Pädagogin. Die meiste Zeit arbeiten die Kinder in Kleingruppen. Sie lernen, sich untereinander zu helfen und auch mal zu korrigieren.

Sie sollen sich einen Satz merken, der an der Tafel im ungenutzten, benachbarten Klassenzimmer steht. Jedes Kind darf so lange vor der Tafel stehen bleiben, wie es zum Einprägen braucht. Dann läuft es an seinen Tisch zurück und schreibt die Wörter auf. Bei jeder Runde muss er der Lehrerin einen Legestein geben, die zugleich das Geschriebene überprüft. „Die meisten Kinder kommen aus bildungsfernen Familien. Sie haben niemanden, der ihnen bei Hausaufgaben hilft, manchmal gibt es kein einziges Buch zu Hause“, erzählt Baur-Valentin. „Deshalb sehe ich es als meine Hauptaufgabe, ihnen selbständiges Lernen beizubringen.“ Sie berichtet von alleinerziehenden Müttern, die ihr bei jeder Gelegenheit dankten, dass ihre Kinder so gern zur Schule gehen würden. „Wir sehen natürlich auch viel schneller, wenn es in Familien Schwierigkeiten gibt, und können besser entgegensteuern“, sagt die Pädagogin.

Aber das Fördermodell steht auch in der Kritik, da es viel Geld kostete, das an-

derswo fehle. Behauptet zumindest Marine Le Pen, die jede Form der positiven Diskriminierung abschaffen will, sollte sie Präsidentin werden. Sie beklagt, dass ländliche Gebiete benachteiligt würden. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt will sie über das Tragen von Schuluniformen in der Grund- und Mittelschule und über „beispiellose disziplinarische Kontrolle“ fördern.

In einem jüngst erschienenen Bericht der rechtsbürgerlichen Abgeordneten Agnès Carel werden die Kosten für die Förderpolitik auf 2,3 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Mehr als 16.000 Lehrerstellen wurden für die „halbierten Klassen“ geschaffen, zudem bauliche Änderungen vorgenommen, um genügend Klassenzimmer zur Verfügung zu stellen. Im Carel-Bericht wird von „ermutigenden Ergebnissen“ mit Blick auf die schulischen Schwierigkeiten gesprochen. Die Unterschiede in Französisch und Mathematik zwischen Schülern außerhalb der sozialen Brennpunkte und denjenigen in „prioritären Erziehungszonen“ hätten sich verringert. Doch eine Angleichung



mouche findet die Zerstörungswut einer Minderheit von Jugendlichen bestürzend. Er hofft, die schulische Förderung führt dazu, dass in den neuen Generationen die Gewaltbereitschaft abnimmt. „Wir versuchen, den Teufelskreis aus Scheitern, fehlender Qualifikation für den Arbeitsmarkt und Kriminalität zu durchbrechen“, sagt er. Es brauche mehr Vorbilder für die Kinder. „Wir müssen viel mehr über erfolgreiche Integrationsbiographien reden.“

Der Politikwissenschaftler Arnaud Lacheret hat kürzlich ein Buch mit dem vielsagenden Titel „Les Intégrés“ („Die Integrierten“) veröffentlicht. Im Gespräch schildert er, dass die beruflichen Erfolge gewöhnlicher Franzosen mit Einwanderungshintergrund ein blinder Fleck in der französischen Forschung seien. Er hat für sein Buch 80 Frauen und Männer nordafrikanischer Herkunft befragt und beleuchtet, wie sie es geschafft haben.

Lacheret kritisiert wohlmeinende Investitionen in die Infrastruktur sozialer Brennpunktviertel. „Wenn eine Mediathek eröffnet wird, dann heißt das, dass die Jugendlichen nicht mehr ihr Viertel verlassen müssen“, sagt er. Wer aber immer in seinem vertrauten Umfeld bleibe, habe keine Chance, die kulturellen Codes der Mehrheitsgesellschaft zu erwerben. Mädchen seien erfolgreicher, wenn sie von klein auf mit ihren Eltern jede Freiheit aushandeln müssten. „In ihren Familien werden meist patriarchale Traditionen des Mittelmeerraums reproduziert.“ Weil sie aber frühzeitig Hindernisse überwinden lernten, kämen sie auch mit Diskriminierung und Schwierigkeiten besser klar als ihre Brüder, die als Kinder mehr Freiheiten genossen.

Schuldirektor Hamouche findet, dass auch die Lehrer motivierter und entspannter seien, seit die Schülerzahl halbiert wurde. Auch in Noisy-le-Sec kam es zu Ausschreitungen während der Banlieue-Unruhen Ende Juni. Eine Postfiliale wurde schwer beschädigt. Ha-

## Ein Mensch ohne Hoffnung, das geht nicht

Viele Flüchtlinge in psychischen Notlagen warten Jahre auf Hilfe. Ein Afghane berichtet / Von Tim Niendorf und Timo Steppat, Darmstadt/Frankfurt

Der Suizid ist in vielen Kulturen mit Scham behaftet. So sehr, dass schon die Erwähnung des Themas als unangenehm empfunden und vermieden wird. Der Psychologe Patrick Meurs, Direktor des Frankfurter Sigmund-Freud-Instituts, hat das erlebt, als er mit einer Gruppe von Forschern im vergangenen Jahr 400 Flüchtlinge zu ihrer psychischen Gesundheit befragte. Vor allem Migranten aus Eritrea, Iran und dem Subsahararaum machten zwar Angaben zu ihrer Traumatisierung, vermieden aber Aussagen zu Suizidgedanken. Auch im Alltag behalten sie diese für sich. Für Hilfsangebote sind sie nur schwer zu erreichen.

„Jeder begangene Suizid ist einer zu viel“, sagt Meurs. Fast immer sind es Männer, die sich das Leben nehmen. Wie hoch die Suizidrate unter Flüchtlingen ist, ist nicht bekannt. Manche Bundesländer führen gar keine Statistik. Meurs erkennt bei Flüchtlingen aber ein besonders großes Suizidrisiko. Die Studie, die er und seine Kollegen zwischen 2020 und 2022 erstellt haben, zeichnet ein dramatisches Bild: Knapp zwei Drittel der Geflüchteten, die in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung befragt wurden, zeigten Symptome einer Traumatisierung. Bei etwa der Hälfte von ihnen gab es Hinweise auf eine posttraumatische Belastungsstörung.

Auch Mohammad M. empfand seine Lage als ausweglos. Er erzählt seine Geschichte unter der Bedingung, dass sein richtiger Name nicht genannt wird, um in der Heimat unerkannt zu bleiben. Bei einem Treffen in Darmstadt sitzt eine Psychologin dabei, sie hat ihm geholfen. Und eine Dolmetscherin, für den Fall der Fälle. Denn eigentlich spricht Mohammad M. nach anderthalb Jahren in Deutschland schon erstaunlich gut Deutsch.

Mitte August 2021 besetzten die Taliban Kabul. Spätestens da wird Mohammad M.

klar, dass es für ihn in seinem Heimatland nicht weitergeht. „Ich hatte nur eine Wahl, und das war: aus Afghanistan fliehen“, sagt er. „Wenn ich in Afghanistan geblieben wäre, hätten mich die Taliban umgebracht.“ Die Taliban seien unmenschlich. „Sie haben viele Leute in Afghanistan getötet. Auch Freunde von mir.“

Also geht er, wie er sagt, zu Fuß nach Iran, in die Türkei. Zu Fuß und mit dem Auto nach Griechenland. Weiter nach Serbien. Dann nach Kroatien, wo man seinen Fingerabdruck nimmt und, wie er sagt, die Polizei ihm Gewalt antut, bevor sie ihn zu-

rück nach Serbien schickt. Von dort gelangt ihm die Einreise nach Deutschland. Ungefähr fünf Tage und vier Nächte verbringt er mit zwei anderen Migranten in einem Lastwagen. Der Fahrer, so versichert er, bemerkt die Mitreisenden erst nicht. Als der Fahrer sie entdeckt, ruft er die Polizei. Am 21. April 2022 ist Mohammad M. am Ziel. Er ist in Deutschland.

Wenige Tage nach seiner Ankunft erreicht ihn ein Brief des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Man habe erfahren, dass die Kroaten schon seinen Fingerabdruck genommen haben, hieß es –

gut möglich also, dass er dorthin zurückgeschickt wird. „Von hier an beginnen die Probleme“, sagt M. „Das war Stress, ich konnte mich nicht konzentrieren, ich wollte mich schlagen. Ich wusste nicht mehr, was ich tun soll.“ In Afghanistan habe er von Deutschland und von Europa viele gute Dinge gehört. „Aber die Erfahrungen, die ich auf dem Weg gemacht habe, stimmten damit nicht überein“, sagt M. „Ich hatte große Angst, wollte nicht zurück nach Kroatien gehen, weil die kroatische Polizei uns geschlagen hat.“

Er schlittert in ein Tief, seine Gedanken verdunkeln sich. „Damals ging es mir sehr schlecht, ich hatte keine Hoffnung. Ein Mensch ohne Hoffnung – das geht nicht“, sagt er. „Ich konnte nicht schlafen. Ich erinnerte mich an damals, an die Flucht. Stressbedingt waren meine Nerven und Gesundheit so durcheinander, dass ich mich überhaupt nicht beruhigen konnte. Nur wenn ich mich verletzt habe, war ich ein bisschen ruhig.“

Viele Flüchtlinge haben auf dem Weg nach Europa Unrecht erlebt, Formen der Entmenslichung, wie der Psychotherapeut Meurs sagt. Gleichwohl seien nicht alle traumatisiert. Man dürfe nicht negative Erfahrungen automatisch in diese klinische Kategorie gießen. Außerdem würden die Probleme im Ankunftsland meist noch größer. Der Wunsch, Geld nach Hause zu schicken, Angehörige nach Europa zu holen – das kann sehr belastend sein. „Die Flüchtlinge fühlen sich in ihrem Selbstbild verletzlich oder sogar wertlos, wenn sie die Erwartungen derer, die sie nach ihrer Flucht im Herkunftsland zurückgelassen haben, nicht erfüllen können“, sagt Meurs. Für viele ist der Wartezustand belastend, die Angst vor der Abschiebung – das kann, so Meurs, in bestimmten Fällen auch Suizidgedanken verstärken.

Mohammad M. lebte mit der Angst, nach Kroatien überstellt zu werden. „Ich bin mir sicher, wenn mich die Polizei nach Kroatien abgeschoben hätte, hätte ich mich umgebracht“, sagt er. „Ich war einmal auf einer Brücke in Frankfurt, zu 70 oder 80 Prozent wollte ich mich auf der Brücke ...“ – an dieser Stelle bricht Mohammad M. seinen deutschen Erzählfluss ab und redet in seiner Muttersprache weiter, die Dolmetscherin springt ein und übersetzt: „Mir ging es in der Zeit seelisch sehr, sehr schlecht, ich wollte mich wirklich unterschneiden, um das Leben zu beenden. Das war so schlimm, dass ich es nicht auf Deutsch sagen kann.“

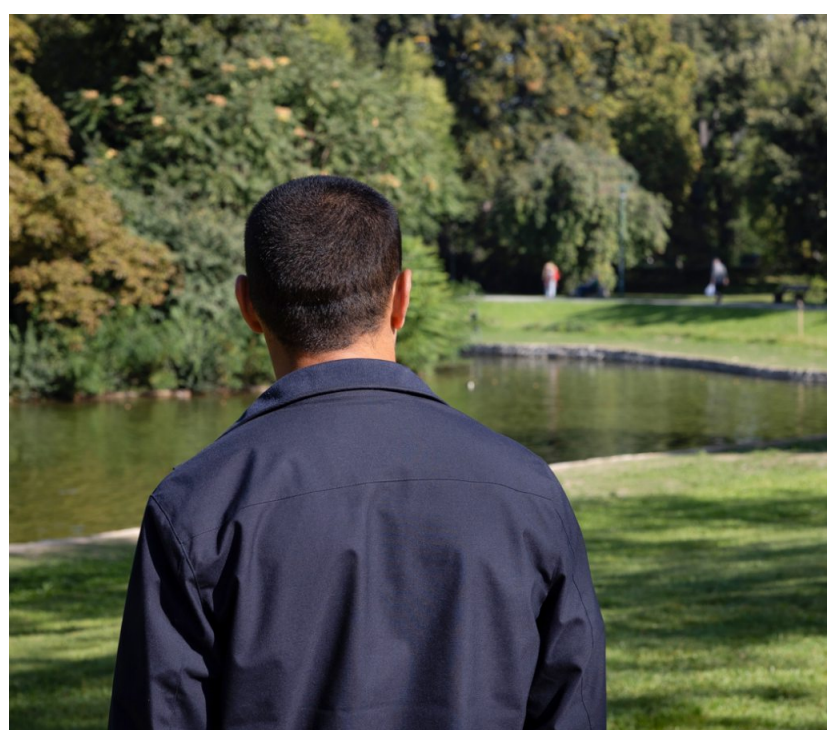
M. fand Hilfe bei der Psychologin, die an diesem Tag in Darmstadt mit am Tisch sitzt, Deborah Jungbluth. Sie arbeitet im Psychosozialen Zentrum für Geflüchtete Südhessen, das sich vor allem an neu ins Land gekommene traumatisierte und psychisch belastete Flüchtlinge sowie Opfer von Folter und Gewalt richtet. Das Land Hessen finanziert vier solcher Zentren. In Darmstadt handelt es sich um ein Verbundprojekt der Caritas und des Deutschen Roten Kreuzes. Auf 363 Beratungsfälle kam der Standort im vergangenen Jahr. Mohammad M. war einer von ihnen. Der Afghane ist dankbar für die Hilfe. Wäre die Psychologin nicht gewesen, hätte er nicht weitergewusst.

Jungbluth setzte sich in Kontakt mit einem Psychiater in der Erstaufnahmeeinrichtung, der dem Afghanen Medikamente verschrieb. Sie selbst zeigte Mohammad M., wie er mit Techniken seine Gedanken ordnen kann. M. veranschaulicht, was er gelernt hat, und drückt seine Fäuste gegeneinander. So, sagt er, könne er ein wenig den Stress herausdrücken. Und dann sei da noch eine Kopfbübung: im Gedächtnis auf ein Bild schauen, sich die Probleme vor Augen führen, um sie

dann zu verkleinern und in eine Box einzuschließen. M. bekam auch Kirchenasyl. Damit konnte er die Frist überbrücken, in der er nach Kroatien überstellt werden musste. Inzwischen hat er eine bestfristete Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. Es geht ihm besser, er hat Deutsch gelernt und möchte eine Ausbildung abschließen. Eines Tages will er beantragen, dass seine Ehefrau nachkommt.

Andere Flüchtlinge warten lange auf Hilfe. Laut Zahlen aus dem vergangenen Jahr dauerte es im Schnitt siebeneinhalb Monate, bis ein Flüchtling einen Therapieplatz bekam. In einzelnen Einrichtungen wie dem Therapiezentrum für Folteropfer in Köln beträgt die Wartezeit ein bis zwei Jahre. Die Vorsitzende des Bundesverbands Psychosozialer Zentren, Elise Bittenbinder, warnt vor den Kürzungen, welche die Bundesregierung im Bereich der Flüchtlingshilfe vorsieht. „Das wird direkte Auswirkungen auf die Therapieangebote haben“, sagt Bittenbinder. Dass der Bedarf in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei, zeige sich auch in den Neugründungen psychosozialer Zentren, von denen es bundesweit inzwischen 48 gibt.

Nur ein kleiner Teil der Behandlungen – sieben Prozent – wird über die Krankenkassen abgerechnet. Auch sonst finden Flüchtlinge, die regulär versichert sind, meist keine angemessene Hilfe bei niedergelassenen Therapeuten. Behandlungsplätze fehlten sowieso und seien nicht leicht zu bekommen, und die Psychologen seien nicht auf die Probleme von Flüchtlingen vorbereitet. Gleichzeitig stellen Bittenbinder und Meurs fest, dass der angekündigte härtere Kurs bei Abschiebungen schon jetzt Folgen zeigt. „Die Ängste nehmen zu“, sagt Bittenbinder. Sobald eine Abschiebung angedroht werde, steige die Gefahr eines Suizids, sagt Meurs.



**In auswegloser Lage:** Mohammad M. aus Afghanistan

Foto Anton Vester